

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die „Sächsische Elbzeitung“
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
ca. 5 Uhr nachm.

Bezugspreis viertel-
jährlich 2.— M., monatlich
1.40 M., 1 monatlich 70 Pf.
durch die Post vierteljährlich
2.10 M. (ohne Bestellgeld).
Einzeln Nummern 12 Pf.
Alle Kaiserlich, Postanstalten,
Postboten, sowie die
Zeltungsträger nehmen stets
Bestellungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den
Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Diez. — Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-
breitung d. Bl. von großer
Wirkung, sind Montags,
Mittwochs und Freitags bis
spätestens vormittags 9 Uhr
anzugeben. Ortspreis für
die 5 gespalt. Zeilen 20 Pf.,
bei auswärtigen Anzeigen
25 Pf. (tabellarische und
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Eingeladene“ und „Reklams“
50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen ent-
sprechender Nachlaß.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen,
Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmitzka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, des Druckens oder der Verbreitungsanstalten) hat der Verleger keinen Anspruch auf Wiederumsetzung der Zeitung oder auf Nichtzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenannahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Kaufstraße 134; in Dresden und Leipzig: Haasenstein & Vogler, Javalienbank und Rudolf Mosse;
in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 143

Bad Schandau, Donnerstag, den 28. November 1918

62. Jahrgang.

Ausführungsverordnung des Arbeitsministeriums zur Durchführung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge

vom 13. November 1918 (ROVl. S. 1305).

§ 1. Die Gemeinden haben sofort die in § 13 genannten Fürsorgeausschüsse zu
errichten.

§ 2. Es ist sofort Beschluß über die in § 9 vorgeschriebene angemessene Erhöhung
des Ortslohnes nach der Zahl der Familienmitglieder zu fassen.

§ 3. Ueber die Auszahlung der Erwerbslosenfürsorge und die Kontrolle der
Erwerbslosen nach § 14 der Verordnung sind, soweit erforderlich, im Einvernehmen mit
den Arbeitnehmerorganisationen Anordnungen zu treffen.

§ 4. Die Unterstützungssätze sind für alle Arten von Erwerbslosenfürsorge künftig
die gleichen.

§ 15 der Verordnung ist besonders zu beachten.

§ 5. Anträge auf Vorschüsse nach § 16 Abs. 2 sind dem Arbeits- und Wirtschafts-
ministerium einzureichen.

§ 6. Kommunalaufsichtsbehörden im Sinne von § 3' der Verordnung sind für die
Städte mit rev. Städteordnung die Kreishauptmannschaften, für die Landgemeinden die
Amtshauptmannschaften.

Dresden, am 18. November 1918.

648 H Na

Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

5351

Schwarz.

Nach der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 19. Oktober
1918 — Reichsgesetzbl. S. 1255 — bedarf der

Handel mit Gemüsesämereien

behördlicher Erlaubnis. Von dem Erlaubniszwang sind ausgenommen

1. Personen, die ausschließlich in der eigenen Wirtschaft gezüchtete Sämereien
verkaufen,

2. Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, die Gemüsesämereien ausschließlich
im Kleinverkauf an Verbraucher absetzen, wenn der Absatz in Mengen
von nicht mehr als 250 g erfolgt.

Hinsichtlich des Handels mit Saatgut von Hülsenfrüchten, das zum Gemüseanbau
bestimmt ist (Gemüsefaatgut) bleibt es bei den dafür geltenden Bestimmungen.

Wer im Bezirke der Kreishauptmannschaft Dresden Handel mit Gemüsesämereien
betreiben will, hat ein Gesuch bei dem Stadtrat zu Schandau einzureichen. Das Gesuch
hat folgende Angaben zu enthalten:

1. ob und seit wann der Gesuchsteller eine im Handelsregister eingetragene
Firma besitzt.

2. ob und in welchen Gemüsesämereien er vor dem 1. August 1914 gehandelt
hat und welche Jahresumsätze er vor dem Kriege und bisher in Gemüsesä-
mereien erzielt hat.

3. ob und wann ihm Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln
auf Grund der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln
vom 24. Juni 1916 erteilt ist.

4. ob und wie er im Kriege bestraft ist, sowie ob ein Handelsunterfangungs-
verfahren gegen ihn geschwebt hat.

5. für welches Gebiet, welche Zeit und welche Sämereien die Erlaubnis erteilt
werden soll. Erteilung der Erlaubnis für einen Handelsbetrieb, der sich
vor dem 1. August 1914 nicht oder nicht in nachgesuchtem Umfang mit
dem Handel mit Sämereien befaßt hat, erfolgt nur ausnahmsweise. In
diesem Falle hat der Gesuchsteller das volkswirtschaftliche Bedürfnis zu
begründen.

Wer am 1. November 1918 bereits Handel mit Gemüsesämereien betrieben hat,
darf den Handel bis zum 1. Dezember 1918 und wenn er bis zu diesem Tage einen
Antrag auf Erteilung der Erlaubnis gestellt hat, bis zur Entscheidung über den Antrag
ohne Erlaubnis fortführen.

Dresden, am 19. November 1918.

Der Vorsitzende

der zur Entscheidung über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie
über die Unterfangung des Handels errichteten Stelle.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Donnerstag, den 28. November 1918, abends 7/8 Uhr,
im Sitzungssaal des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Einquartierungsangelegenheiten.
2. Aufstellung eines Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung.
3. Erhöhung des Kokspreises.
4. Einrichtung einer Erwerbslosenfürsorge.
5. Bildung eines Ortsausschusses, Versicherung der Volksernährung.
6. Anstellung einer Hilfsarbeiterin für die Kasse.
7. Wahl von Ratsmitglieder-Ersatzmännern.
8. Gewährung von Kriegsteuerzuschüssen an städtische Bedienstete.
9. Errichtung eines Mietlehnungsamtes und Einrichtung eines öffentlichen
gemeinnützigen Wohnungsnachweises.
10. Reparaturen am Aufzuge.

Hierauf geheime Sitzung.

Schandau, den 27. November 1918.

Der stellv. Stadtverordnete: Vorsteher.

Fortsetzung des amtlichen Teiles auf der letzten Seite und in der Beilage.

Aus Stadt und Land.

—* Unser Kurhotel hat gestern etwas erlebt (aus-
nahmsweise sei dieser Ausdruck einmal erlaubt!), was
ihm in normaler Zeit — und noch dazu nach der
„Saison“ — wohl kaum passiert wäre: in den Abend-
stunden waren sämtliche Fenster hell erleuchtet. Ursache:
im Laufe des Tages waren hier selbst verwundete bez.
erkrankte Krieger eingetroffen, welchen außer den bereits
hier anwesenden in unserer Badefeststadt Genesung werden
soll von den persönlichen Folgeerscheinungen des Krieges.
Im ganzen handelte es sich um 198 Helden, von denen
160 im Kurhotel und 38 im Schweizerhof untergebracht
wurden. Ihnen allen möge die so notwendige Erholung
werden, damit sie in Wäldern ihrem Berufe nachgehen
können; und wenn es nicht mehr möglich sein sollte in-
folge von Verwundung oder dergl., dem wünschen wir,
daß er durch Ergreifung eines anderen Erwerbes wieder
ein nützliches Glied werde in der Friedenswirtschaft, die
hoffentlich für unser geliebtes Vaterland recht bald ein-
setzt, damit er wieder Freude am Leben findet und sich
and der Allgemeinheit dienen kann. In diesem Sinne
beglücken wir die Söhne Deutschlands in Schandau
„Mauern“ von Herzen und wünschen, daß der Aufent-
halt hier eine neue „Etappe“ sei in ihrem Leben für
eine bessere Zukunft! — Es dürfte von Interesse sein,
wie viele Insassen gegenwärtig in den hiesigen Lazaretten
(welche alle unter dem Namen „Reserve-Lazarett Schandau“,
Geschäftsstelle im Schweizerhof, zusammengesetzt sind)
— also im Stadtkrankenhaus, Dampfschiffhotel, Schweizer-
hof, Villa Selita (Dr. Lange), Parkhotel und im Höhen-
hotel Ostrau — anwesend sind: es handelt sich um 246
Mann.

—* In der Nummer der „Dresdner Rundschau“
vom 16. November wird ein Bericht wiedergegeben,
wonach das Direktorium des Roten Kreuzes der Hof-
kassa des Prinzen Johann Georg 20 000 M. für seine
Lazarettbesuche gezahlt haben soll. Das Bericht entbehrt
jeglicher Begründung. Der Landesauschuß der Vereine
vom Roten Kreuz in Sachsen hat niemals Geld an die

Hofkassa des Prinzen Johann Georg oder an ihn selbst
gezahlt. Prinz Johann Georg hat jedoch wiederholt
namhafte Geldspenden dem Roten Kreuz zugewendet.

—* Die deutsche Vaterlandspartei stellt ihre Tätigkeit
ein. Sie erklärt einen Aufruf, dessen Hauptsätze lauten:
Der Stern, dem wir folgten, ist niedergegangen. Wir
stellen daher unsere bisherige Tätigkeit ein. Die förmliche
Auflösung der Partei wird zu gegebener Zeit erfolgen.
Bis dahin ersuchen wir unsere Landes-, Kreis- und
Ortsvereine, die öffentliche Tätigkeit einzustellen, ihre
Organisationen aber zu erhalten.

—* 10 000 Kriegstranungen sind nach einer Zusammen-
stellung in den abgelassenen 4 Kriegsjahren in Deutsch-
land vollzogen worden.

—* Das endgültige Ergebnis der Wahl vom Sonntag:
Zusammen: Liste 1 (Mehrheitssoz.): 117 566 Stimmen;
Liste 2 (Unabh. Soz.): 8440 Stimmen; ungültig: 2414
Stimmen. Es erhalten demnach Liste 1: 47 Vertreter,
Liste 2: 3 Vertreter. Gewählt haben im ganzen
129 714 Personen. Die Differenz erklärt sich dadurch,
daß einige Wahlbezirke nicht mitgezählt werden können,
weil bei ihnen die Wahl nicht rechtzeitig begonnen werden
konnte, da die Stimmzettel nicht zur Stelle waren.

—* Die Besetzung zur Begrüßung der heimkehrenden
Soldaten. Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden
beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage
der Besetzung zur Begrüßung der heimkehrenden Soldaten.
Es wurde beschlossen, die rote Fahne, die Farben der
Stadt oder die schwarz-rot-goldene Fahne gelten zu lassen.
Schwarz-weiß-rote oder weiß-grüne Farben sollen von
den Behörden nicht gehißt werden. — Der Pirnaer
A- und S.-Rat gibt im gestrigen „P. A.“ bekannt, daß
er gegen die Bürger, welche mit den „Kaiser- und Königs-
flaggen“ ihre Häuser schmücken, energisch vorgehen werde.
Man sieht, daß die Ansichten in dieser „hochwichtigen
Streitfrage“ weit auseinander gehen. Ob denn wirklich
an solchen Kleinigkeiten das Wohl des deutschen Volkes
klebt und ob unsere heimkehrenden Helden sich wirklich
an die „Kaiser- und Königsfarben“ stoßen würden und
nur in Seligkeit schwimmen, wenn sie hauptsächlich „Rot

und wieder Rot“ in der Luft schaukeln sehen? — Sorgt
lieber für sofortige Einkerzung der Nationalversammlung,
daß endlich Frieden wird.

Königsstein. Von einem plötzlichen Tode wurde der
in den 70er Jahren stehende, sonst noch sehr rüstige
Schützenhauswirt Gottfried Kunath betroffen. Derselbe
erlag bei einem Jagdgange im nahen Walde einem
Schlaganfall und konnte erst nach vielem Suchen als
Leiche geborgen werden. Kunath war eine in Jäger-
kreisen sehr beliebte Persönlichkeit, er war Veteran von
1870/71 und machte den Feldzug als Feldgendarm im
Gardereiterregiment mit.

Baußen. Das Kriegsgefangenenlager Baußen hat
während der Zeit seines Bestehens an die Baußener
Einwohnerschaft für insgesamt eine halbe Million Mark
Lebensmittel geliefert, 281 000 Liter Milch, 3001 kg Butter,
8459 kg Quark usw.

Dresden. Die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ be-
richtet: In der Nacht zum Bußtag überfielen etwa
50 Mann, darunter bewaffnete Soldaten, die vor dem
Lager der Reichsbekleidungsstelle in Niederselitz, Maß-
fabrik Pich, aufgestellte Wache des A- und S.-Rates
Groß-Dresden, machten sie mehrlos und raubten aus dem
Lager, das Waren im Werte von 2 1/2 Millionen M.
enthält, viele Tuchballen. Der Schaden beträgt einige
zehntausend Mark.

Leipzig. Der Vorsitzende des Leipziger Soldatenrats,
der Soldat Erich Geschwandtner, war verhaftet worden.
Ueber den Grund dazu liefen allerlei Gerüchte um. Die
Verhaftung war jedoch nur erfolgt, weil Geschwandtner
vorzeitig geheime Beschlüsse des Arbeiter- und Soldaten-
rats — entweder aus Fahrlässigkeit oder Absicht —
preisgegeben hat. Am Sonnabend abend ist Geschwandtner
dann wieder aus der Haft entlassen worden. Am selben
Tage ist auch der kurz nach der revolutionären Um-
wälzung verhaftete Vorstand des Bekleidungsamtes in
Leipzig, Oberst Pinkau, aus der militärischen Schutzhaft
entlassen worden, in die er wegen seines Auftretens
gegenüber den Beauftragten des Arbeiter- und Soldaten-
rats genommen worden war.

Bange Frage.

Ein Berliner Mitarbeiter schreibt uns:
 In dem denkwürdigen Kongress, in dem Bismarcks Geist eine ganze widerstrebende Welt zur Verständigung zwang, haben sie beheimen die neuen Vertreter der deutschen Regierung, die Kinder der Revolution, um Bilanz aufzunehmen von den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen des Umsturzes aller Dinge. Was sie zu hören bekamen klang tröstlich über alle Mahen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf allen Gebieten, im Innern und nach außen, und alle Köpfe, alle Arme wollen nicht ausweichen, um auch nur das dringendste in Ordnung zu halten oder weiteren Verfall vorzubeugen. Wird nun bei dieser Lage der Dinge die Liebe zum Ganzen groß genug sein, um nicht selbstsüchtige Regungen der Einzelteile aufkommen zu lassen? Wenn es sich wirklich nur darum handelt, daß dieser oder jener kleine Bundesstaat in einen Nachbartaat aufginge, sich mit ihm zu einer Einheit verschmelze und danach mit unverminderter Reichstreu zum Ganzen zurückkehre — dagegen wäre natürlich gar nichts weiter einzuwenden. Aber einmal liegen im Süden offenbar ganz andere Absichten vor. Die Lösung „Los von Berlin!“ wird dort schon recht deutlich ausgegeben, und namentlich scheint der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern, Herr Kurt Eisner, es sich in den Kopf gesetzt zu haben, mit den Berlinern nicht viel Federlesens zu machen. Das mindeste, was er will, ist die Befestigung Preußens als führenden Bundesstaates im Reich. Deshalb hat er sich, kaum daß seine Republik in München aufgerichtet war, sofort mit einer Rundgebung an die feindlichen Regierungen gewandt; deshalb liebäugelt er mit den Deutsch-Osterreichern mehr, als die gute Sache es zu rechtfertigen scheint. Dieser Mann weiß wohl, was er will; aber daß seine Absichten zur Wiederaufrichtung des Reiches beitragen könnten, das will uns sehr zweifelhaft erscheinen.
 Noch schlimmer vielleicht sind die Absplittierungen, denen Preußen an sich ausgesetzt erscheint. Nicht nur daß seine Ostprovinzen unmittelbar bedroht sind. Auch im Westen sieht es übel genug aus. Das Saargebiet mit seinen reichen Kohlenflöhen haben sich die Franzosen entgegen dem Waffenstillstandsvertrage glattweg angeeignet; sie fragen eben nach nichts und nach niemand mehr, sondern tun, was ihnen beliebt. Aber die ganze schöne Rheinprovinz geht einer höchst ungewissen Zukunft entgegen, und schon ist der Gedanke aufgetaucht, ob man nicht am besten tue, sein Schicksal von Preußen zu trennen, sich als Republik aufzumachen und entweder allein oder unter Anlehnung an die Süddeutschen eine westliche Orientierung zu nehmen — wer weiß, wozu das alles gut sein könnte? Und auch im Norden, an der Wasserfront, sind neue Staatsbildungen aufgetaucht, die einfach von preussischem Land und Gut sich angliedern, was ihnen mühslich erscheint, ohne deswegen in Berlin auch nur ein Wort zu verlieren. Und mit Nord-Schleswig, das schon ganz ungeniert mit der dänischen Regierung in Verbindung getreten ist, schließt sich der Ring. Kann es, wenn alle diese Pläne verwirklicht werden, dann noch schwerer fallen, das Schwergewicht des Reiches — wenn wir überhaupt noch ein Reich behalten oder wiederbekommen — von Berlin sagen wir einmal nach München oder, wenn Bayern sich überhaupt anders entscheidet, nach Frankfurt am Main zu verlegen? Und wo soll überhaupt die Macht herkommen, die es verhindern könnte, wenn Herr Eisner, wie er es einem englischen Berichterstatter gegenüber ankündigte, aus Preußen drei Einzelrepubliken zurechtzuschneiden ließe? Und kann man den Regierungsvertretern der Einzelstaaten, die jetzt in Berlin versammelt waren, überhaupt den guten Willen zutrauen, sich zu beschneiden, damit das Ganze, das Reich, das teure Erbe unserer Väter nicht völlig in die Brüche geht? Kann man es angesichts der Tatsache, daß z. B. das lippische Land, wohl das kleinste Teilgebiet, das wir in Deutschland haben, nicht weniger als drei Vertreter zu dieser Reichskonferenz entsandt hatte? Wer will, wer kann sich die Kraft zutrauen, wieder zusammenzuleimen, was der Novembersturm aus den Fugen gebracht hat?
 Zum dritten Male also: was wird aus unserem Reich, und was wird aus dem deutschen Volke?

Zür Reichseinheit und Nationalversammlung.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz.

Berlin, 26. November.

Spät abends wurden gestern die Beratungen der im Reichsanser-Palais zusammengetretenen Vertreter der deutschen Einzelstaaten beendet. Auf Vorschlag des Volksbeauftragten Ebert wurden zum Schluss folgende Beschlüsse als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die NSD und die Vertreter des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Die Nachmittagsitzung verlief im Gegensatz zur Versammlung, in der die Geister stark aufeinander gestoßen waren, in ruhigerem Rahmen. Die Mahnungen und Ausführungen verschiedener Redner in der wirtschaftlichen Aussprache machten erheblichen Eindruck. Der Staatssekretär des Ernährungsamts Burm legte die Schwierigkeiten der Ernährung dar, Staatssekretär Schiffer vom Reichsamt hob die Wichtigkeit gesteigerter staatsrechtlicher Verhältnisse für die Finanzwirtschaft hervor. Staatssekretär Dr. August Müller vom Reichswirtschaftsamt warnte dringend vor jedem Eingriff in unser Kreditwesen, da unbedingt finanzieller Zusammenbruch folgen werde.

Kein Eingriff in Finanz- und Kreditwesen.

Die Ausführungen dieser Redner überzeugten die Versammlung von der Notwendigkeit, alle etwa auftretenden schädlichen Reaktionen in dieser Richtung zurückzubämmen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungehörte Verschönerung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der

bisherigen Grundlage und auch in den bisherigen Formen unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die deutsche Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.
 Dieser Beschlus kommt zur rechten Zeit, denn seit dem ersten Tage der Ummwälzung kursierten gerade in dieser Beziehung die hartnäckigsten und tatsächlich beunruhigendsten Gerüchte, denen nun der Boden abgegraben ist.

Aus den Verhandlungen.

Niemlich scharf hob sich aus der Fülle der Diskussionsreden auf der Konferenz die Version des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner hervor. Sein Anariff auf die Männer aus früheren Zeiten, auf Solf, Eraberger usw. wurde von Volksgang Seine würdigen, der betonte, die Entente sei gegen das deutsche Volk, nicht gegen einen einzelnen Unterhändler. Eisner erklärte, Clemenceau hat erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen, ihm müßten als die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten. Solf, Eraberger und ihre Gleichen seien für alle Zeiten erledigt. Am übrigen ist der bayerische Ministerpräsident für eine demokratische und soziale Politik der Nachregierung. Außerdem schlägt er die Einführung eines

Provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats

vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könnten die Abfertigungsbestrebungen unterdrückt werden, die er bekämpfe, die aber in Bayern härter als je wären. Staatssekretär Eraberger führte in seiner Erwiderung auf die Anträge Eisners aus, es müsse diesem bekannt sein, daß er, Eraberger, so lange wie möglich für den Frieden gewirkt. Die Behauptung, jede für den Frieden hinderliche Persönlichkeit müsse bestraft werden, passe ebenlogot auf Eisner, der sich auf Clemenceau berufe und nicht wisse, daß dessen Freundlichkeit Herrn Eisner nicht als Sozialisten, sondern Herrn Eisner als Verführer der deutschen Einheit gelte. Mit politischen Raiveten macht man keinen Weltfrieden.

Der Vertreter Gothas Goltner findet die Verteidigung seines erklährten, das Eraberger Sünden auch seines Sünden seien. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Besetzung ausleben. Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen. Livinski-Sachsen legt scharfe Verwahrung ein gegen die Zurückstellung der Sozialisierung, ebenso gegen eine etwa geplante Einschränkung der Befugnisse der NSD. Die Nationalversammlung könne ruhig noch vertagt werden, bis die Vorbereitungen für sie geschaffen seien. Beigeordneter im Auswärtigen Amt Kantzke unterstüzt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Er beantragt, daß die noch nicht festgenommen seien, die durch die eben veröffentlichten

bayerischen Berichte

so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen. Ulrich-Wessen sagt, das Reich muß bleiben, aber die Berliner Diktatur muß fallen. Man wolle nicht los von Berlin, verlange aber gemeinsames Arbeiten. Der Volksbeauftragte Barth erklärte die Nationalversammlung für notwendig, ebenso viele andere Vertreter. Eisner warnt vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung.

Scheidemann spricht entschieden für die Nationalversammlung und tritt ferner der Ansicht Eisners bei, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich gegen ein Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären, und nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwirnsäden.

Statt Wählerlisten könnten einfache Legitimationen für jeden Bürger dienen. Wir brauchen keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Bürger, die nach der Wahl abgeholt werden, und für jede Partei eine Wählerliste fürs ganze Reich. Grabnauer (Sachsen) schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage. Volksbeauftragter Haase hält die Schwierigkeiten der Wahl doch für größer und bittet, die einzelnen Nationalversammlungen in den Bundesstaaten zurückzuführen. Staatssekretär Schiffer entwickelt in der nun folgenden wirtschaftlichen Besprechung ein

Finanzprogramm der Zukunft.

in dem schärfste Bekämpfung der Steuerheute. Großkriegsgewinnsteuer, Besteuerung des Mehrgewinnes und Vermögensabschaben enthalten sind. Nachdem die oben mitgeteilten Beschlüsse gefaßt sind, spricht Ebert das Schlusswort, in dem er sagt: „Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit!“ Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Die kommende Wahl.

Die Entscheidung für die baldmöglichste Einberufung der konstituierenden Versammlung erfolgte fast einstimmig, nur der Delegierte von Gotha stimmte gegen die sofortige Einberufung, der Delegierte von Braunschweig überhaupt gegen die Nationalversammlung. Eisner knüpfte an seine Zustimmung das Verlangen auf Beachtung seiner Vorschläge.

Der Volksbeauftragte Ebert verteidigte noch die beiden angegriffenen Staatssekretäre Solf und Eraberger. Dr. Solf sei als einziger Staatssekretär von Kriegsbeginn an für einen Verständigungsfrieden gewesen. Und ohne die Tag und Nacht während Arbeit des Staatssekretärs Eraberger hätte die Waffenstillstandskommission ihre Befehle nicht durchführen können.

Aus den Ausführungen des Volksbeauftragten Haase sind noch zu erwähnen seine Bemerkungen über die Rede des Vorsitzenden des Volksganges Richard Müller im Zirkus Busch. Wenn Müller erklärt habe: „Nur über seine Leiche gehe der Weg zur Nationalversammlung“, so habe er damit nur vor einer Überstürzung warnen wollen.

Bereits Dienstag vormittag beschäftigte sich ein Kabinettsrat der Volksbeauftragten mit dem Reichswahlgesetz, ein Beschlus wurde noch nicht gefaßt, doch soll der erste, von Scheidemann kommende Entwurf abgelehnt worden sein.

Wie der Krieg entstand.

Die Enthüllungen der neuen bayerischen Regierung.

Vor einiger Zeit schon hatte der Ministerpräsident und Minister des Innern in der bayerischen Republik Kurt Eisner der Berliner Regierung die Anregung ge-

geben, alle Akten über den Ursprung des Krieges zu veröffentlichen, um volle Aufklärung über die Geschichte der verhängnisvollen Verwicklung zu ermöglichen. Ehe die Reichsregierung dieser Anregung Folge gegeben hat, begann nun die bayerische Regierung bereits mit der Bekanntgabe von Aktenstücken aus dem diplomatischen Dienst von Eisner, dessen Vertreter in Berlin damals Graf Verchenfeld war.

Das österreichische Ultimatum an Serbien.

Am 18. Juli 1914, also etwa zwei Wochen vor Ausbruch des Krieges, äußert sich Graf Verchenfeld in einem Bericht an die Münchener Regierung über das bekannte Ultimatum Österreichs wegen der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers durch großherzogliche Attatation an Serbien, das die unmittelbare Ursache zur Entfesselung der Kriegsjurie gab. Der Diplomat sagt in seinem Bericht:

Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat in Belgrad zu unternehmen und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herren Poincaré und Riviani von Petersburg abwarten möchte, um den Zweibundmächten eine Verständigung über eine Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurteilung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes den Anschein friedlicher Gesinnung, und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden.

Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unverträgliche Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus einverstanden, daß Österreich die günstige Stunde nutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Vermittlungen hin. Ob man aber in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn v. Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft.

Man ist hier der Ansicht, daß es sich für Österreich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorhaben, zu dem man sich dort entschliche, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Plankommission, die man dem Kabinettschef des Grafen Verdolb, dem Grafen Dogob, gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handwritens und eines ausführlichen Materials hierhergekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.

In Wien scheint man ein so unbedingtes Einreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und unentschlossenen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Man hätte es daher lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde, und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten. Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Verchenfeld an den Grafen Dertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geäußert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser sich auf der Nordlandsreise und der Chef des Großen Generalstabes, sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so übertraht zu sein, wie die anderen Mächte.

Weiter werden in dem Bericht Verchenfelds die Vermutungen über die voraussichtlich Haltung der übrigen Mächte behandelt. Herr Zimmermann war der Meinung, weder in England noch in Frankreich sei ein Krieg erwünscht und sie würden auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken. England müsse Rücksicht auf Irland nehmen. Freilich, wenn es zum Kriege komme, werde England auf der Gegenseite stehen. Am 31. Juli 1914 telephoniert die Berliner bayerische Gesandtschaft, die zweifellos redlichen Bemühungen Sir Grens für die Erhaltung des Friedens würden den Gang der Dinge nicht aufhalten. Am gleichen Tage telegraphiert die bayerische Gesandtschaft, es ließen augenblicklich zwei Ultimata: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden, an Rußland wegen Mobilmachung, nach Frankreich mit der Frage, ob dort Neutralität beabsichtigt sei. Beide Anfragen würden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Der Preussische Generalstab sehe dem Kriege mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen und rechne damit, daß Frankreich in vier Wochen niedergeworfen sei. Ein Bericht vom 4. August 1914 sagt, die Neutralität Belgiens könne nicht respektiert werden und der Generalstab selbst, die englische Neutralität sei mit dem Verzicht auf den Durchmarsch durch Belgien zu teuer erkauf, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der belgischen Linie möglich sei.

Soweit die erste Veröffentlichung, die nur als Einleitung gedacht ist und der weitere Erklärungen folgen sollen. Einstweilen stehen nur die Meinungen des Grafen Verchenfeld zur Diskussion, die teilweise auf Grund mündlicher Unterhaltungen mit den damaligen leitenden Männern in Berlin sich aufbauen und bei denen man nicht übersehen, wie weit persönliche Ansichten oder offizielle Beschlüsse in Frage stehen. Ob und wie sich das einstweilen in noch nicht ganz klaren Umrisen erscheinende Bild verändert, wenn auch von anderer beteiligter Seite das Wort genommen wird, muß der Zukunft überlassen bleiben. Wahrscheinlich kann es sich dabei, nachdem der Stein einmal ins Rollen gekommen ist, nicht mehr um lange Freuen handeln.

Das öffentliche Urteil über die Enthüllungen

gibt in diesem Moment selbstverständlich ebensowenig eine geschlossene abgeklärte Linie, sondern ist stark von politischen Tendenzen beeinflusst.

Die Deutsche Tageszeitung fragt: Wollten Herr v. Bethmann Hollweg und seine Leute den Krieg? Wir antworten nach wie vor: Nein! Sie wollten ihn nicht. Sie wollten Niederwerfung Serbiens durch Österreich-Ungarn. Sie glaubten, Rußland sei nicht bereit und werde nur blüffen, Frankreichs Armee lauge nichts, Frankreich und England würden auch auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken. Auf diese Grundlage militärischer und politischer Einschätzung wurde der Plan des eigenen Bluffes gebaut. Und das Blatt kommt zu dem Schluss: Wenn Dilettanten und Schwache den Nachschabell zu spielen versuchen, muß es schief gehen und gibt es ein Unglück.

Die Tägliche Rundschau schreibt: In einem Augenblick, da unser ganzes Land über die schweren Waffenstillstandsbedingungen erseht ist und alle Anstrengungen gemacht werden, die Bedingungen zu erleichtern, glaubt man, dem Feinde solches Anlagematerial auf den Tisch legen zu sollen. Die Veröffentlichung solcher Urkunden, aus dem Zusammenhang gerissen und daher beweislos, geschieht durch die neuen Nachthaber natürlich nur zu dem Zweck, um in diesen für sie kritischen Wochen, in denen die ganze Verlogenheit ihrer politischen und demokratischen Politik zutage tritt, das Volk gegen das alte Regime aufzuheben und es im Banner der neuen Regierung zu halten.

Der Vorparlaments erhebt strenge Frage: Man hat uns gesagt, in Berlin habe man das Wiener Ultimatum an Serbien nicht gekannt. Eine Lüge! Berlin habe Wien zur Zurückhaltung ermächtigt! Eine Lüge! Berlin hat Wien ungekehrt aufgeputzt. Wilhelm sagte in seiner Proklamation: „Mittem im Frieden hat uns der Feind überfallen!“ Eine bodenlos freche, niederträchtige, schamlose Lüge.

Die Freiheit, das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten, überschreibt ihren Artikel „Die Entlarvung der Schuldigen“ und verlangt Verantwortung mit dem

Worten: Wir fordern, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Sie haben Landesverrat begangen, sie sind Hochverräter. Wilhelm und seines Sohnes können wir nicht habhaft werden. Dessenfalls kommen sie doch noch vor ihre Richter. Ihr Vermögen aber muß dem Reich verfallen sein. Ihre Vorgesetzten, die Weidmann, Japow, Zimmermann müssen sofort verhaftet und vor Gericht gestellt werden!

Berlin, 25. Nov. Die bayerische Gesandtschaft teilt mit, daß der veröffentlichte bayerische Gesandtschaftsbericht nicht vom Grafen Verheulden, sondern von Dr. Hans v. Schöen verfaßt ist.

Einspruch gegen Eisners Enthüllungen

Protest des Auswärtigen Amtes.

Die von der Münchener Regierung nach der Ankündigung ihres Präsidenten Kurt Eisner erfolgten Enthüllungen über die Entstehung des Krieges haben einen Protest des Auswärtigen Amtes in Berlin veranlaßt. Er lautet:

„Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert. Sie muß nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unseren Feinden und Verhandlungsgegnern gibt sie eine Waffe in die Hand, die diese zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelmannes Clemenceaus angetragen hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clemenceau nur darauf angekommen ist, uns ins Unrecht zu setzen. In den schweren Irrtum, daß Clemenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen ließe, wenn die Schuld am Kriege von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen. Die Akten des Auswärtigen Amtes werden auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solf vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorausgegangenen diplomatischen Aktionen geprüft werden.“

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet: Am Ministerrat des Volksstaates Bayern lag folgende mündliche Erklärung des Herrn Staatsminister v. Thelemann, v. Breuning und v. Arnim vor. „Wir erklären hiermit, daß wir von dem getrennt durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhielten oder hatten.“ Dieser Erklärung der drei Herren hatte sich auch der frühere Verkehrsminister v. Seiblein angeschlossen. Der Ministerrat hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Das Westheer im Rheinland.

Der Rückmarsch unserer Truppen geht auch weiterhin an den allermeisten Stellen in Ordnung vor sich. Wenn es nicht überall so klappt, wie man es wünschen möchte, so sind daran die fast unmöglichen Waffenstillstandsbedingungen schuld.

Die 4. Armee gegen die Diktatur.

Von der 4. Armee und ihrem Führer General Sixt v. Arnim sind allerhand Nachrichten über Holland gekommen, die wissen wollten, daß der General mit seinen Truppen einen Aufbruch gegen die neue Ordnung plante. Nach Meldungen aus Arefeld, wo diese Armee inzwischen mit ihren Spitzen eingetroffen ist, handelt es sich aber offenbar um ganz andere Dinge.

Arefeld, 25. Nov. An Ebert wurde von der 4. Armee ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Im Auftrage von 500 000 Frontsoldaten verwarf ich die Soldatenrat der 4. Armee aufs schärfste gegen die Annahme des AEW von Berlin, der unter Umgehung der Nationalversammlung eine diktatorische Gewalt über das ganze deutsche Volk erstreckt. Die Front wird sich niemals der Diktatur einer Minderheit unterwerfen.

Weiter wendet sich dieser Soldatenrat mit Entschiedenheit gegen die Spartakusgruppe, den Frontsoldatenrat in Berlin und gegen den General der Infanterie v. Eberhardt, weil dieser das Tragen von roten Abzeichen verboten habe. Dagegen fordert der Soldatenrat die sofortige Einberufung der Nationalversammlung als dem Lebensinteresse des deutschen Volkes entsprechend.

Das Feldheer behält die Waffen.

In einem Aufruf des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung an die USA der Heimat heißt es u. a.:

Den verküppelten Kameraden sind nach wie vor nur Waffen und Munition abzunehmen, geschlossenen Truppenkörpern aber sind die Waffen unter allen Umständen zu belassen. Alle etwa hieran geknüpften Befürchtungen entbehren jeglicher Berechtigung, denn wir wissen aus Verhandlungen mit den Vertretern von Soldatenräten des Feldheeres, daß die Fronttruppen umgelagert auf dem Boden der aus unserer staatlichen Umwälzung hervorgegangenen Regierung Ebert-Saale stehen. Mit den Arbeitsbrüdern in der Heimat will auch das Feldheer die Demokratisierung und Sozialisierung unseres Landes. Deshalb erhebt es aber auf das schärfste Einspruch gegen alle Verhebungen, die dahin führen, das Zustandekommen der von der jetzigen Regierung geplanten Nationalversammlung zu hintertreiben.

Weiter verlangen die Feldtruppen, die dem ferneren Ausbau des Reiches mitzuwirken. Das Feldheer will den Frieden und den geordneten Aufbau des neuen Reiches und lehnt den Gedanken ab, den Sieg über die bisherigen Diktaturen zur Erreichung einer neuen Diktatur zu missbrauchen, weil diese den ersehnten Frieden vereiteln und das deutsche Volk dem Hungertod preisgeben könnten.

Frontsoldatentag in Ems.

Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat an die Soldatenräte aller Fronten einen Aufruf erlassen, in dem ein allgemeiner Vertretertag der Truppen-Soldatenräte, deren Stimme bei der Neugestaltung der Dinge im Reich nicht überhört werden soll, auf den 1. Dezember, vormittags 9 Uhr, nach Bad Ems einberufen wird. Jede Division, sowie jedes Generalkommando, Armee-Oberkommando und jede Heeresgruppe — die drei letzteren für die ihnen unmittelbar unterstellenden Truppen — sollen je einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter entsenden.

Transportdienste beim Ostheer.

Nach Telegrammen der Soldatenräte aus dem Osten steht dort noch eine Armee von fast einer halben Million, die bei ihrem Rückmarsch mit den allergrößten Transport-schwierigkeiten zu kämpfen hat. Das weite Land ist ohne Verkehrsstraßen; auf schlechten russischen Landwegen, in Eis und Schnee, und schlimmer noch im Schneefschlamm, müssen die Truppen viele, viele Kilometer weit marschieren, um eine Bahnlinie zu erreichen. Zudem stauen sich an dieser Front die Transporte russischer Kriegsgefangener aus Deutschland an, wodurch die Lage noch verkompliziert wird. Die Soldatenräte bitten deshalb im Interesse des ganzen Ostheeres, daß nicht mehr russische Kriegsgefangene heimbefördert werden, als dort Nahrungs- und Transport-gelegenheit finden.

Verschiedene Meldungen.

Koblenz, 25. Nov. Die 3. Armee überschreitet in bester Ordnung hier den Rhein.

Manheim, 25. Nov. Die österreichischen Truppen, die vor und südlich Verdun gelandeten haben, marschieren hier durch, von der Bevölkerung warm begrüßt. Es folgen württembergische Kontingente.

Zinsbrud, 25. Nov. Im Laufe des heutigen Tages ist ein italienisches Regiment nach dem andern unter klingendem Spiel in die Stadt eingezogen. Es dürften etwa 15 000 Mann gewesen sein. Die Bevölkerung verhielt sich vollkommen passiv.

Madrid, 25. Nov. Laut Meldung aus Mexiko hat die in der Nähe des spanischen Gebietes gegen die Franzosen kämpfende, aus Marokkanern und Deutschen bestehende Darda den spanischen Behörden ihre Übergabe angeboten.

Der Stand unseres Rückmarsches.

Französische Übergriffe.

Die Hauptmassen des Westheeres überschreiten in vollem Fluß den Rhein. Um jede Störung zu vermeiden, sind Befehlsbrücken geschlagen worden, so unterhalb Düsseldorf, eine andere bei Bonn, eine weitere bei Ehrenbreitstein und eine bei Caub über die Pfalz, demselben Weg, den Völker in der Neujahrsnacht 1814 in anderer Richtung gemacht hat.

Juden und Afrikaner in der Pfalz.

Die Franzosen sind allen Abmachungen entgegen in die südliche Pfalz eingerückt. In die Westpfalz marschierten indische und afrikanische Truppen englischer und französischer Nationalität ein. Gegen dies vorseitige Einrücken in die Pfalz ist von der Waffenstillstandskommission Ver-wahrung eingelegt worden. Auch eine weitere Eigen-mächtigkeits Frankreichs fordert unseren Protest heraus:

Svaas, 25. Nov. Die Waffenstillstandskommission hat energischen Einspruch gegen die von Frankreich angeordnete völlige Abschließung Elsaß-Lothringens gegen das übrige Deutschland erhoben, die zu den größten Anzuträglichkeiten führt.

Deutscherseits wird u. a. gefordert: Die sofortige Wiederherstellung des Personen- und Güterverkehrs auf der Eisenbahn, des Postbetriebes einschließlich Telegraph und Fernsprecher, des geregelt gegenseitigen Bank-verkehrs usw. Namentlich die Sperrung des Bankverkehrs hat schon zu großen Störungen bei der Lohnzahlung in Elsaß-Lothringen geführt.

Die Besetzung der Brückenköpfe.

Über die Besetzung des Rheingebietes und der Brückenköpfe hat sich die Entente folgendermaßen geeinigt: Köln und seinen Brückenkopf werden Amerikaner besetzen, Koblenz und den Brückenkopf werden die Engländer erhalten und Mainz wird von den Franzosen besetzt. Die Italiener werden wahrscheinlich in der Pfalz oder aber im westlichen Rheinland in der Eifel untergebracht werden. In der neutralen Zone dürfen nur Besatztruppen bleiben, über deren Höhe sich die Entente die Entscheidung vorbehalten hat. Alle anderen Truppen und Soldaten müssen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden.

Die britischen Gefangenen in Deutschland.

Der englische Vertreter in Svaas hat eine sehr scharfsinnige Erklärung seiner Regierung überreicht, wonach diese keinerlei Entschuldigung für die traurige Lage der britischen Kriegsgefangenen in Deutschland annehmen gedenkt, insbesondere könne sie auch nicht die Verutung auf die inneren Schwierigkeiten Deutschlands als eine solche Entschuldigung gelten lassen. Die verantwortlichen Personen würden zur Rechenschaft gezogen und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden.

Internierung der Armee Madrasen?

Nach Meldungen aus Ungarn verlangt der französische General Franchet d'Esperey die Entwaffnung und Internierung der Armee Madrasen, weil die Frist vom 19. November, die für Ungarn festgesetzt war, überschritten sei. Feldmarschall Madrasen hält aber an dem Standpunkt fest, daß auch für seine Truppen der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente maßgebend sei. Die schwierige Lage der ungarischen Regierung besteht darin, daß sie einerseits dem französischen Druck ausgesetzt ist, andererseits das Kohlenabkommen mit Deutschland gefährdet sieht, das eine Lebensfrage für Ungarn ist. Man nimmt an, daß es sich um einen Schachzug Frankreichs handelt, der in einer Weigerung Madrasens einen Vorwand für die Erneuerung des Krieges mit Deutschland erblickt. Einstweilen ist die Forderung des französischen Marschalls nach Berlin weitergegeben worden.

Verschiedene Meldungen.

Landesberg a. d. W., 25. Nov. Zum Schutze gegen die Freibreien der Polen, die aus der Provinz Polen drohen, ist nach der Stadt Drien an der Ostbahn Artillerie gelegt worden.

Nürnberg, 25. Nov. Hier sind die ersten bayerischen Truppen eingezogen.

Paris, 25. Nov. In der französischen Kammer setzte die Regierung mit Mitleid mit 257 gegen 140 Stimmen die Ver-werfung der sofortigen Abrüstung aller Territorialklassen durch. Die Verwendung von Truppen in Rußland wurde nicht nur von den Sozialisten scharf getadelt.

Paris, 25. Nov. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Dezember hinaus.

London, 25. Nov. Hier gibt man die Zahl der versenkten englischen Schiffe während des deutschen Unterseeboot-krieges auf durchschnittlich pro Monat 120 000 Tonnen an. Die englischen Seeestreitkräfte versenkten oder zerstörten 56 deutsche Unterseeboote im gleichen Zeitabschnitt.

Sesabopos, 25. Nov. Hier ist ein englisches Torpedoboot eingetroffen, dem die englische Flotte folgte. Kiew, Odessa und Charkow werden von der Entente besetzt.

Kiew, 25. Nov. Die Entente hat den deutschen Geschäfts-

träger in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Selman geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verhaftet erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten.

Kiew, 25. Nov. In der ganzen Ukraine herrscht Ruhe, so daß man wegen der dortigen deutschen Truppen unbesorgt sein darf.

Washington, 25. Nov. Bisher verbleibt eine Bekanntmachung, darauf lege das Kriegsministerium beabsichtige, die amerikanische Expeditionsmacht bis auf die Hälfte zu vermindern, so daß noch 30 Divisionen verbleiben werden.

Reichskonferenz der Bundesstaaten.

Einigkeit der Stämme notwendig.

Berlin, 25. November.

Kurz nach 10 Uhr begann heute im Kongressaal des Reichskanzlerhauses die von der Reichsregierung einberufene Zusammenkunft der Vertreter der neuen deutschen Freistaaten, die über die fernere innerpolitische Gestaltung beraten sollen. Erschienen sind etwa 70 Beauftragte aus fast allen Staaten, unvertreten sind nur Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck. Neben einigen früheren diplomatischen Vertretern sieht man sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer früheren engeren Heimat die Regierung übernommen haben. Daneben unbekanntere Männer, zum Teil im Ratrosen- oder Soldatenrock. Zwei lange Tische sind von den Vertretern besetzt, während am dritten die Staatssekretäre und die Beigeordneten Platz genommen haben. Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch eine Rede des Vorsitzenden, des

Volksbeauftragten Ebert.

Er führte aus: Das Ziel der Politik der Reichsleitung ist die Durchführung und Sicherung der sozialistischen Demokratie. Unsere nächsten Aufgaben sind: der Friede und die Sicherstellung des wirtschaftlichen Lebens. Die Waffenstillstandsbedingungen sind unerhört hart. Wir müssen uns mit diesen abfinden, etwas anderes gab es nicht. Rettung kann uns nur

ein schneller Präliminarfrieden

bringen, sonst muß unser Volk in tiefes Elend und wirtschaftliche Anarchie verfallen. Jeder Versuch, uns die politische Freiheit strittig zu machen, muß an dem entschlossenen Widerstand der Arbeiter und Soldaten scheitern. Die Freiheit kann uns nur nähren, wenn wir Brot und Arbeit haben. Vom ungehinderten Fortgang unserer Kohlenförderung hängt fast alles ab. Wir haben bereits Maßnahmen ergriffen, um die Sozialisierung der Industrie in die Wege zu leiten, die dazu reif sind. Nichts wäre verhängnisvoller als ein Auseinanderstreben des Reiches. Nie war die Einigkeit aller Stämme Deutschlands notwendiger als in dieser Stunde. Die endgültige Regelung durch Zusammenwirken der Einzelstaaten mit dem Reiche und die

Einberufung der konstituierenden Versammlung

sobald als möglich ist dringend geboten. Die Beratung des Wahlgesetzes soll in den allerersten Tagen beginnen. Die Aufgabe der heutigen Konferenz ist, die Möglichkeit des sofortigen Zusammenwirkens bis zur Nationalversammlung auszusprechen.

Dr. Solf warnt vor zersplitternden Bestrebungen.

Staatssekretär Dr. Solf sprach über unsere Beziehungen zu den bisherigen Gegnern und den östlichen Nachbarn, wobei er die Lage des Reiches als aufs äusserste bedroht darstellte, sowohl durch den nackten Vernichtungswillen unserer Gegner, als auch durch die separatistischen Bestrebungen im Innern. Er legt alle Hoffnung auf die heutige Versammlung, die der Reichsregierung die Vertretung nach außen einwandlos anvertrauen muß und die Nationalversammlung so schnell wie möglich beruft.

Staatssekretär Erzberger berichtete über die Waffenstillstandsverhandlungen, worauf auf Antrag des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner die Aussprache über beide Referate gemeinsam eröffnet wurde.

Bundesstaatliche Grundlage des Reiches.

Zunächst sprach Eisner, der mit scharfem Protest gegen beide Staatssekretäre als kompromittierte Vertreter der alten Zeit begann, deren Referate nicht im entferntesten merken lassen, daß in Deutschland inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan hat.

Dann trat der Redner für die schleunige Einberufung der Nationalversammlung ein. In die Debatte griff eine Reihe der Vertreter der übrigen Bundesstaaten ein. Fast durchweg klang aus allen Reden der Wunsch heraus, das Deutsche Reich auf bundesstaatlicher Grundlage neu zu errichten.

Durch eine Mittagspause wurden die Beratungen bis gegen Abend unterbrochen, doch galt es aber während der Unterbrechung als sicher, daß die beiden Hauptforderungen „baldische Nationalversammlung und Aufrechterhaltung des bundesstaatlichen Verhältnisses im Reiche“ ohne nennenswerten Widerspruch zur Annahme gelangen würden.

Kohlennot und Streiks.

Bergarbeiterstreik. — Folgen des Kohlenmangels. Große Arbeitseinstellungen in Berlin.

Berlin, 25. November.

Aus Ratibor und Hindenburg wird berichtet, daß die Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien größtenteils beendet seien. Im Auslande befinden sich noch die Belegschaften der Delbrück-Schächte bei Rakoschau und der Ludwigsgrube bei Witoschitz sowie der Amrower-Grube; die Einigungsverhandlungen werden jedoch auf diesen Gruben fortgesetzt.

Die polnischen Bergleute verlangten, daß der Tagelohn von 25 Mark, der sich bisher auf den Neunstundentag bezog, nunmehr für sechs Stunden bezahlt werde. Es hat sich aber gezeigt, daß es sich diesen Grubenarbeitern nicht nur um die Erhöhung der Bezahlung handelt, sondern es dreht sich in Oberschlesien um politische Motive, um eine von den Polen (auch von der polnischen Aristokratie) angehende Agitation gegen die Arbeit in den deutschen Zechen. Verwickelt wird die Lage dadurch, daß die Gefangenen, die der Ententearmee entlassen, den Verträgen gemäß unverzüglich entlassen werden müssen; aber auch die russischen Arbeiter, die freigegeben worden waren, veranlassen die Heimbeförderung.

In Rheinland und Westfalen haben die Streiks der Bergarbeiter bedeutend an Umfang zugenommen. Die Verbandziffer beträgt gegenwärtig 10 000—11 000 Waggons gegen eine normale Verbandziffer von 24 000 Waggons im Kriege und 32 000 Waggons im Frieden.

In Dresden verkehren infolge des Kohlenmangels in den städtischen Elektrizitätswerken die Straßenbahnen bis auf weiteres an allen Werktagen nur noch bis 3 Uhr nachmittags. An Sonntagen wird der Verkehr wie bisher aufrechterhalten. Die Verordnung besteht sich nicht auf die staatlichen Vorortbahnen.

In Berlin haben die Verhandlungen der Kohlenstelle Groß-Berlin mit den Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kriegsministeriums, des Reichsamtes, der

Kommunen, sowie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die erforderlichen Einschränkungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Groß-Berliner Gas- und Elektrizitätsversorgung noch nicht zu endgültigen Entscheidungen geführt. Als weitere schonendste Maßnahmen für die Bevölkerung sollen dem Kohlenverband die Verkürzung der Polzeitsunde auf 10 1/2 Uhr, die Öffnung der Ladengeschäfte (mit Ausnahme der Lebensmittel- und Rohstoffhandlungen) nicht vor 9 Uhr vormittags und deren Schluß um 5 Uhr nachmittags empfohlen werden. Ferner kommen die Einschränkung der Straßenbeleuchtung und der „Luxusbeleuchtung“ in den Privatwohnungen, Restaurants und Vergnügungskafés in Betracht. Gegen die Gasversparungen machte sich eine starke Opposition bemerkbar, da diese Maßregel unter Umständen die Volkshauswirtschaften und andere wichtige Betriebe gefährden kann. Von einer Einschränkung des nächtlichen Straßen- und Hochbahnbetriebes wird im Interesse der Nachtarbeiter auf allen Gebieten abgesehen. Geplant ist ferner, den Unterricht in den Schulen erst um 8 1/2 Uhr vormittags beginnen zu lassen.

Wie der Vorsitzende des Vollrats des AER in einer Sitzung vom 25. November bekanntgab, sind große Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin eingetreten und weiter zu erwarten. Der Grund ist in den wachsenden Gegensätzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu suchen. Die in Frage kommenden Unternehmer haben ihre in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Der Umwandlung der Akkord- in Lohnarbeit und der Verkürzung der Arbeitszeit wird der größte Widerstand entgegengeleitet. Die Arbeiterschaft der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariefelde befindet sich seit vier Tagen im Streik. Mit den Arbeitern — etwa 2000 — haben auch die Beamten der Gesellschaft ihre Tätigkeit niedergelegt, so daß der gesamte Betrieb stillliegt. Die Arbeiter verlangen Abschaffung der Akkordlöhne, an deren Stelle angemessene Tageelöhne treten soll. Die Angestellten fordern dementsprechende Revision ihrer Gehälter. Bei der Firma Siemens u. Halske in Berlin sind ähnliche Arbeiterbewegungen im Gange. Die Arbeiterschaft zahlreicher Berliner Großbetriebe dürfte diesem Beispiel vermutlich in den nächsten Tagen folgen.

(Fortsetzung des amtlichen Teiles.)

Lebensmittel betr.

Donnerstag, den 28. November:

Wild — Fleisch — bei Koppensch von vorm. 8 bis nachm. 5 Uhr auf Wildfleischkarte Nr. 782—1120, Abschnitt I. Fleischmarken sind abzugeben.
Schellfisch — rechtzeitiger Eingang vorbehalten — bei Fischer, am Markt, von vorm. 8—10 Uhr für die Häuser Nr. 1—150, 10—12 „ „ „ „ 151—264.

Ende der Lebensmittelnot?

Ein schwedischer Aufruf an die Entente.

Berlin, 25. November.

Wie von häufig gut unterrichteter Seite versichert wird, scheint den energischen Protesten der erbitterten öffentlichen Meinung Deutschlands über die Fortsetzung der Hungerkatastrophe jetzt doch ein gewisser Erfolg beschieden zu sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Lebensmittelversorgung Deutschlands auf Wilsons Anregung jetzt endlich praktisch nähergetreten wird.

Auch in Schweden machen sich die Strömungen in der Richtung hin bemerkbar, an deren Spitze die bekannte Schriftstellerin Ellen Key steht. Diese richtete an die Frauen der Entente einen Aufruf, worin sie verlangt, daß gemäß Zusage der Entente die hungernden Mütter und Kinder schnellstens gesättigt würden.

Holland soll Wilhelm II. ausliefern.

Gemeinames Vorgehen der Entente.

London, 26. November.

Das Neuter-Bureau meldet, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtsfachverständigen nach einer Untersuchung der Angelegenheit erklärt haben, daß es die Pflicht Hollands sei, die Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers zu beschleunigen und daß der Kaiser, da er keine offizielle Erklärung über seine Thronabdankung abgegeben hat, und da er nicht das Recht hat, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Asylsuche auf eine Insel in Holland geltend machen kann. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, um die Auslieferung des Kaisers zu fordern.

Auch eine Reihe englischer Staatsmänner, darunter der Minister von Neuseeland, Wellington, befaßten sich mit der Stellung und dem Schicksal Wilhelms II. und fordern ausnahmslos in energischen Formen die Auslieferung Wilhelms und die richterliche Untersuchung seiner Schuld am Völkerringe.

Berlin, 26. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten ist heute zur Beratung über das Reichswahlgesetz zusammengetreten.

Berlin, 26. Nov. Der preussische Justizminister Spahn hat keine Entlassung eingereicht. Seine Nachfolger werden Rolentein und Deine sein.

Berlin, 26. Nov. Der erste Zug mit den Mitgliedern unserer Generalkonsulate in Moskau und Petersburg ist hier eingetroffen.

München, 26. Nov. Dem verhafteten aber wieder freigelassenen General Krastt v. Delmeningen wird zum Bormurt gemacht, daß er von der Seeresleitung „zwei Divisionen aber keine Preußen“ zur Unterdrückung der Revolution in München verlangt habe.

Wannau, 26. Nov. Der Landtagsabgeordnete Barth veranstaltet gegenwärtig an verschiedenen Orten der Lausitz Versammlungen unter den Wenden, in denen zur Gründung eines selbständigen Wendenstaates aufgerufen wird.

Dresden, 26. Nov. In einer Versammlung zahlreicher Offiziere wurde die Gründung eines „Sächsischen Offiziersbundes“ beschlossen, dessen Ziel in der Fürsorge für alle Seeresangehörigen und Witwen und Waisen der Gefallenen besteht.

Budapest, 26. Nov. Der ungarische katholische Episkopat richtete an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, in dem er erklärt, daß die Kirche zur Verwirklichung der demokratischen Verfassungsreform ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

Genf, 26. Nov. Das „Echo de Paris“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Verhandlungen für den Präliminarfrieden erst im Januar beginnen werden. Die Unterzeichnung des Protokolls sei kaum vor Ende Februar möglich.

London, 26. Nov. Der König hat die Proklamation zur Auflösung des Parlaments unterzeichnet.

Washington, 26. Nov. Die Wahlkampagne für General Berhing zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahre 1920 ist formell mit der Bildung eines republikanischen „Berhing-Vereins“ eröffnet worden.

Bethmann Hollweg will sich rechtfertigen.

Nach einer Mitteilung der Kreuzzeitung beabsichtigt der frühere Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben. Nach dem genannten Blatte waren Bethmann Hollweg und der frühere Staatssekretär v. Jagow am 2. November d. J. im Reichskanzlerbau und beschäftigten sich mit der Sichtung des Materials.

auf Lebensmittelmarke Nr. 4 entfallen etwa 200 Gramm. Preis Mk. 1,70 für grüne Karte, Mk. 1,60 für rote Karte.
 Schandau, den 27. November 1918. Der Stadtrat.

Pferdefleisch.

Freitag und Sonnabend, den 29. und 30. d. M., Verkauf von Pferdefleisch bei Wehner. Beliefert wird Abschnitt 2 der Pferdefleischbezugskarte Nr. 1 bis 600.
 Schandau, am 27. November 1918. Der Stadtrat.

Diverse Gewürze,

ganz und rein gemahlen, lose und in Beuteln mit Preis.

„Venezol“, flüss. Bohnerwachs, ein kleiner Restposten in vorzüglicher Qualität, für Parkett und Linoleum geeignet, Flasche M. 2,50.

Rot- und Weißwein in 1/1 und 1/2 Flaschen.

Arak, Rum, Kognak in 1/1, 1/2 und 1/4 Flaschen.

Es empfiehlt sich, schon jetzt den Weihnachts- und Silvester-Bedarf zu decken, da nur ein beschränktes Quantum geliefert wurde und weitere Zufuhren jetzt nicht zu erwarten sind.

Auslands-Seifen,

ein kleiner Restposten zu äußersten Preisen.

Flora-Drogerie, Schandau.

Aus dem Felde zurück,

empfehle ich mich der geehrten Einwohnerschaft von Schandau und Umgebung

zur

Anfertigung eleganter Herren-, Damengarderobe u. Uniformen,

Änderungen, Wenden, Bügeln, Reparaturen.

Jos. Fischer, Schneider, Schandau, Rosengasse 42,

im Hause der Frau Jahn (früher bei Herrn Bennis).

Der Fleischverkauf

von

Fleischermeister Willy Kießling in Schandau

erfolgt diese und nächste Woche schon

Freitag, von früh 10 bis nachm. 6 Uhr.

Flotte

Heimarbeiterinnen

auf besseres Vergeltungsmittel, auch

Blütenstreifer

sucht für sofort und später

Richard Eisner, Sebnitz.

Eine saubere

Aufwartung

gegen hohen Lohn

auf sofort gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle der

Sächsischen Elbzeitung.

Mietverträge

Haus-Ordnungen

hält vorrätig die Geschäfts-

stelle der Sächs. Elbzeitung.

Manifette hält stets vorrätig d.

Druckerei d. Jtg.

Modern

erbautes Landhaus in landschaft-

lich schöner Lage, nahe Bahn, wenn

möglich mit Stallung und Neben-

gebäude, welches sich für kleine Fabrik-

ationszwecke eignet, gegen Kasse sofort

zu kaufen gesucht.

Gest. Aug. erbitte u. W. 258

Haasenstein u. Vogler, Dresden.

Die Nachlaß-Versteigerung

von Wendrich findet

Freitag, vormittags 9 Uhr,

statt.

Eine Schürze

in Altendorf gefunden. Abzugeben

Hindenburgstraße 195, 1.

Bei dem Heldentode unseres lieben, braven

Hans

ist uns viel herzlichste Teilnahme entgegen gebracht worden.

Allen, allen hierdurch

innigsten, herzlichsten Dank.

Schandau, 27. November 1918.

Gustav Domann und Familie.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres lieben, unvergesslichen Sohnes

Hans

bitten wir hierdurch unsern innigsten Dank entgegenzunehmen.

Prossen, den 26. November 1918.

Die tieftrauernden Eltern

Friedrich Jentsch und Frau.

Zum Hauschlachten

für Mittelndorf und Umg. empfiehlt sich

Richard Krause,

Mittelndorf.

Ein noch guterhaltener

Puppenwagen

zu kaufen gesucht.

Offerten mit Preis unter „74“ an

die Sächsische Elbzeitung.

Zum 1. Januar 1919 wird für

Prossen

ein gewissenhaftes, ordentliches

Mädchen od. ein Knabe zum

Zeitungsaustragen

gesucht. Zu melden in der Geschäfts-

stelle der Sächsischen Elbzeitung.

Die Aushändigung der Zeitung erfolgt

nur gegen Vorlegung der Quittungskarte!



Gewerbe-

Verein.

General-

versammlung. Donnerstag, den 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr, in Pöhlers „Lindenhof“.

abends 7 1/2 Uhr, in Pöhlers

„Lindenhof“.

Tagesordnung:

Rassendbericht, Jahresbericht,

Wahlen, Arbeitsplan, Anträge.

Um zahlreichen Besuch bittet

der Vorstand.

Aus Stadt und Land.

(M. J.) Am 21. November 1918 fand die 2. Sitzung des Pressebeirats beim Landeslebensmittellamt statt. Im Mittelpunkt der Besprechung stand die Fleischversorgung. Der Referent gab einen ausführlichen Überblick über ihre Lage und wies vor allem auf die Schwierigkeiten hin, in denen sich gerade Sachsen auf diesem Gebiete befindet. In der nächsten Zukunft würden sich diese voraussichtlich noch etwas steigern, weil die immobilen Truppen von den Kommunalverwaltungen mit beliefert werden müßten. Wenn diese Uebergangszeit überwunden sei, werde sich aber vielleicht eine gewisse Erleichterung fühlbar machen, da der außerordentlich hohe Heeresbedarf weggefallen sei. Freilich werde auch zur Zeit noch tiefer in die Viehbestände eingegriffen, als normalerweise angängig sei. An Kartoffeln sind von den 700000 Zentnern, die Sachsen aus den anderen Reichsteilen zu erhalten hat, bisher 2,2 Millionen Zentner angerollt. Davon hat die Provinz Posen allein 1570000 Zentner geliefert; in der letzten Woche sind aus Posen 150000 Zentner eingegangen. Wisaubringen hat diese Provinz für Sachsen noch 2 1/2 Mill. Zentner. Von einem Mitgliede des Beirats wurde zur Sprache gebracht, daß der A- und S-Rat im Bezirke R. die dem Kommunalverband auferlegte Kartoffellieferung an Leipzig und Chemnitz untersagt habe. Der A- und S-Rat in Leipzig hat daraufhin angeordnet, daß wenigstens die Hälfte der vom Reiche ausgeschriebenen Umlage an Leipzig geliefert werde. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß durch derartige Sonderverfügungen von A- und S-Räten die gesamte Versorgung des Volkes außerordentlich gefährdet wird und nach der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 16. Nov. 1918 über die Fortführung der Dienstgeschäfte, abgedruckt in der Sächsischen Staatszeitung Nr. 268 vom 16. Nov. 1918 solche Sonderverfügungen überhaupt nicht zulässig sind. Nach der Bekanntmachung haben örtliche A- und S-Räte keine Befugnis, den Behörden Befehle zu erteilen, die mit den Bestimmungen der vorgesetzten Dienstbehörden in Widerspruch stehen. Bis über ihre Befugnisse endgültig entschieden ist, beschränkt sich die Tätigkeit der A- und S-Räte auf die Kontrolle der einzelnen Verwaltungsbehörden bei der Durchführung der von der Zentralbehörde ergehenden Verordnungen.

(M. J.) In dem Aufrufe des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. Nov. 1918 wird unter Punkt 2 verkündet, daß das Vereins- und Versammlungsrecht künstlich keiner Beschränkung mehr unterlege, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Da dieser Aufruf die Kraft eines Reichsgesetzes ausdrücklich für sich in Anspruch nimmt, sind dadurch alle früheren entgegenstehenden Bestimmungen reichs- und landesgesetzlicher Herkunft aufgehoben, also insbesondere das Vereinsvereinsgesetz vom 19. April 1908 und die sächsische Ausführungsverordnung dazu vom 12. Mai 1908. Nach alledem ist künstlich weder die Bildung von Vereinen noch die Einberufung von öffentlichen Versammlungen anzumelden; auch ist es nicht mehr erforderlich, die Vereinsstatuten und die Verzeichnisse der Mitglieder der Vereinsvorstände bei der Polizeibehörde einzureichen. Ebenso sind die Einschränkungen wegen der Versammlungen und der Betätigung der Vereine an Sonn- und Festtagen weggefallen. Endlich unterliegen jetzt auch Versammlungen im Freien und Umzüge keiner Beschränkung mehr als der, daß durch sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährdet werden darf. Hierfür hat der Veranstalter gegebenenfalls selbst Sorge zu tragen.

(M. J.) Kunsthonigpreise. Der Höchstpreis für den Zentner Kunsthonig einschließlich Verpackung beträgt beim Verkauf durch den Hersteller 62 M., wenn in Paketen oder Dosen mit einem Inhalt bis zu 1 kg geliefert wird, und 57,50 M., wenn in größeren Behältnissen geliefert wird. Verkauft der Hersteller an Klein- händler oder Verbraucher, so beträgt der Höchstpreis bei ersterer Lieferungsform 67 M., bei der letzteren 62,50 M. Beim Verkauf durch den Kleinhändler an den Verbraucher ist der Höchstpreis des Pfundes auf 0,80 M. für die erste Lieferungsart und auf 0,78 M. für die zweite festgesetzt.

Das Presseamt des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Dem Presseamt werden immer wieder für die Veröffentlichung bestimmte Schriftstücke zur Zensur vorgelegt. Das Presseamt ist nicht in der Lage, auf alle diese Eingaben einzeln zu antworten. Es verweist es für allemal darauf hin, daß keinerlei Zensur mehr besteht, sondern völlige Freiheit der Rede und Schrift durch die Reichsregierung verfügt ist. Das Presseamt des Arbeiter- und Soldatenrates ist keine Zensurstelle. Es soll lediglich die Verbindung zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Presse herstellen und Nachrichten vermitteln.

Ein Landesarbeiter- und Soldatenrat Sachsen. In Dresden-Kloßsche fand eine Arbeiter- und Soldaten- versammlung statt, die folgende Entschließung annahm: „Die versammelten Soldaten und Arbeiter fordern, daß die Arbeiter- und Soldatenräte nach demokratischen Grundsätzen gewählt werden. Sie fordern darum, daß der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat Sachsen nach dem Verhältniswahlsystem von allen Garnisonen Sachsens gewählt wird.“

Der Offizier und die gegenwärtige Lage. Aus Offizierskreisen wird geschrieben: „Vor allen Dingen muß die dem Offizier für seine Handlungsweise geltende Richtlinie hervorgehoben werden: „Der Offizier wird auf seinem Posten aus Liebe zum Vaterlande und zu seinem Volke, mit dem er über 4 Jahre gemeinsam gekämpft hat, bis zur Grenze der Möglichkeit ausharren und sich ehrlich in den Dienst derer stellen, die wirklich die baldigste Einberufung der auf allgemeinem, gleichem und geheime Wahlrecht beruhenden Nationalversammlung anstreben.“

Die für den 4. Dezember 1918 anberaumte Volks- zählung findet auf Anordnung des sächsischen Ministeriums des Innern nicht statt, da sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein zuverlässiges Bild geben würde. Etwasige Drucksachen, Listen usw. sind für später aufzuheben.

Es ist eine gute alte Sitte, bei besonders festlichen Anlässen in der Familie für wohlthätige und ähnliche Zwecke etwas zu spenden. Hieran knüpft der Verein Heimathaus für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna und der Städte Neustadt, Königstein und Schandau an und wird an junge Brautpaare und junge Eltern unter Ueberreichung eines Kunstblattes mit der Bitte herantreten, dem Verein aus Anlaß der Hochzeit bzw. der Taufe eine Spende zuzuführen. Von den Kunstblättern zeigt das eine ein Bild von Ludwig Richter, während das andere von Herrn Kunstmaler Kleibitz in Laubegast gezeichnet und von Herrn Geh. Kommerzienrat Arnhold in Dresden dem Verein zur Verfügung gestellt worden ist. Die Blätter hat die Firma Krey und Sommerlad in Niederzösch geschmackvoll angefertigt und dem Verein kostenlos zur Verfügung gestellt. Möchte der Verein bei seiner Werbung überall ein warmes Herz und eine offene Hand finden.

Die ich rief, die Geister... Die Wirkung der Aufhebung der Besindeordnung hat sich stellenweise in

charakteristischer Weise gezeigt. In einzelnen Anwesen bei Schweidnitz verließ das ländliche Gesinde, das sich nach jeder Richtung hin frank und frei fühlte, ohne weiteres die Stellung, um nach — der Stadt abzuwandern. Wichtigste-Enteuerungen wurden dadurch verabsäumt und selbst das Vieh im Stich gelassen. Zumest sind es Mägde, die so handelten.

Hohnstein. In den Ortsauschuß wurden gewählt von den Erzeugern Fleischermeister Liebsch, Fabrikbesitzer P. Mai, Wirtschaftsbesitzer Gustav Müller und Schaffrath, von den Verbrauchern Bürgermeister Haugmann, Maurer August Berger, Tagelöhner Paul Jelsch und Kutcher Emil Fischer. — In der Stadtgemeinderatsitzung nahm man zunächst Kenntnis von den geplanten Notstands- arbeiten, insbesondere hat man die geplante Verlegung der Wartenbergstraße in Erinnerung gebracht. Hierauf kam die Stadtkassen- und die Sparkassenrechnung für 1917 zum Vortrag. Als Rechnungsprüfer wählte man die Herren Hänfel und Kantor Polster. Totenbettmeister Kitzmiller hat um Enthebung von seinem Posten nach- gesucht; die Beschlussfassung wurde vertagt. Des weiteren beschäftigte man sich mit Wertzuwachssteuerfragen; ein Einspruch des Wachtbeamten Hiller gegen seine Veranlagung wurde abgewiesen. Die Erträgnisse der Wertzuwachssteuer will man dem Fond für außergewöhnliche Bedürfnisse überweisen. Endlich setzte man noch die Bedingungen für Abgabe von Wasser aus der städtischen Leitung an die Landesanstalt fest.

Königsstein. Am Bußtag tagte im „Deutschen Haus“ eine vom Soldatenrat einberufene Einwohnerversammlung zum Zwecke der Bildung eines Arbeiterrates. Nach Anhörung eines Vortrages wurden Rich. Schneiderheine als Vorsitzender, Hermann Lindemann, Gustav Eifewig, Franz Postelt, Richard Mitschmann und Preißer-Halbestadt gewählt. Letzgenannter ist wieder ausgeschieden, da er auswärts Anstellung erhalten hat. Sämtliche Zuschriften und Beschränkungen an den A- und S-Rat sind mit voller Namensunterschrift zu versehen, da anonyme Schriftstücke unbeachtet beliben.

Bauhen. Der erste in der Zeitung angekündigte öffentliche Tanz seit Ausbruch des Krieges, zu dem der Arbeiter- und Soldatenrat seine Genehmigung erteilt hatte, fand am Sonntag im Hofgericht in Neukirch statt. Auch anderwärts in der Bauhener Gegend wird seit einiger Zeit Sonntags, ohne daß dagegen eingeschritten wird, getanzt. Wie es scheint, besteht nicht die Absicht, das bestehende Tanzverbot allgemein aufzuheben, dagegen den um Tanzurlaub nachkommenden die Genehmigung nicht versagen zu wollen.

Dresden. Die bisherigen Hofbeamten haben zur Wahrung ihrer Interessen einen Verein gegründet. Es handelt sich um etwa 800 Personen, von denen die Hälfte am Hoftheater wirkt.

Chemnitz. Ein demokratischer Bürgerbund ist hier ins Leben gerufen worden.

Leipzig. Das vor einigen Tagen vom Arbeiter- und Soldatenrat erlassene vorläufige Jagdverbot ist mit Wirkung vom 20. November an wieder aufgehoben worden. Die Voraussetzung dabei ist, daß aus dem Ertrage der Jagd die Lazarette und Krankenhäuser beliefert werden. Demgemäß sind auch die Jagdgewehre und die Munition der Jagdberechtigten von der Beschlagnahme und Enteignung befreit worden.

Leipzig. Zur besseren Ueberwachung der Stadt bildete der Arbeiter- und Soldatenrat acht Sicherungskompanien. Im Bereiche der Amtshauptmannschaft werden 10 Kavallerie- patrouillen tätig sein.

Fortsetzung des amtlichen Teiles aus dem Hauptblatt.

Verbot der Herstellung von Weißgebäck.

W. M. I.

In Ergänzung bzw. Abänderung der Bekanntmachung des Bezirksverbandes über Brot- und Mehloerzeugung im Wirtschaftsjahr 1918/19 vom 12. August 1918 und der hierzu ergangenen Nachtragsbekanntmachung vom 1. Oktober 1918 wird folgendes bestimmt:

Die Vorschriften in § 32 Absatz 1 erhalten folgende Ergänzung: „Außerdem wird ein Schwarzbrot-Kleingebäck im Gewicht von 90 g in dem im § 31 bestimmten Mischungsverhältnis zugelassen. Das Gewicht muß beim Ausbacken im Durchschnitt vorhanden sein. Der Preis für dieses Kleingebäck beträgt 7 Pfg. für das Stück.“

Die Vorschriften in den §§ 32 Absatz 2 und 3, 33 und 34 werden aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

§ 32 Absatz 2 und 3: Die Herstellung von Weißbrot mit Ausnahme von Zwieback wird verboten. Es bleibt nachgelassen, daß einzelne von der Amtshauptmannschaft bestimmte Bäckereien Weißgebäck im beschränkten Umfange herstellen und solches gegen entsprechende Brotkartenabschnitte einmalig bis zur Dauer von 14 Tagen gegen ein einfaches ärztliches Zeugnis, bei längerer als 14tägiger Krankheitsdauer gegen ein Bewilligungsschreiben der Amtshauptmannschaft an Kranke abgeben. Das Bewilligungsschreiben ist mit einem bei den Ortsbehörden erhältlichen Vordruck zu beantragen. Hierzu sind die Vordrucke „Antrag auf Sonderbewilligung von Nahrungsmitteln“ zu verwenden. Für Wählerinnen genügt in beiden Fällen ein Zeugnis der Hebamme.

In den hierzu bestimmten Bäckereien darf Weißbrot hergestellt werden: a) in Stücken von 90 g, die zweiteilig oder dreiteilig herzustellen sind, b) in Stücken von 450 g oder dem Mehrfachen dieses Gewichtes.

Das zu a und b vorgeschriebene Gewicht muß beim Ausbacken im Durchschnitt vorhanden sein. Aus 700 g Weizenmehl sind 900 g Weißgebäck herzustellen. Der Preis beträgt für das Weißgebäck zu a 7 Pfg., für das Weißgebäck zu b 32 Pfg. für je 450 g. Bei Diamantgebäck kann der Preis für das Weißgebäck zu a auf 9 Pfg. erhöht werden.

§ 33 wird dahin abgeändert, daß zur Herstellung von Fruchtrot an Stelle von Weizenmehl nur Roggenmehl in dem bisher bestimmten Mischungsverhältnis verwendet werden darf.

§ 34: Die Herstellung von Weizenschrotbrot aus Weizenmehl, das bis zu mehr als 94 % ausgemahlen ist, ist verboten. Es bleibt jedoch nachgelassen, daß die von der Amtshauptmannschaft bestimmten Bäcker solches Weizenschrotbrot in Stücken von 450 g und 90 g in beschränktem Umfange herstellen und nach den Bestimmungen in § 32 an Kranke abgeben. Solchenfalls sind für 450 g Weizenschrotbrot Brotkartenabschnitte über 500 g Schwarzbrot, für 90 g Weizenschrotbrot Brotkartenabschnitte über 100 g Schwarzbrot abzugeben. Die Abgabe ohne Karten, z. B. als Zuckerkrankengebäck, ist verboten. Der Preis beträgt 32 Pfg. für je 450 g und 7 Pfg. für je 90 g.

§ 34 a: Zur Herstellung von Weißbrot und Weizenschrotbrot nach vorstehenden §§ 32 und 34 sind bis auf weiteres nachstehende Bäckereibetriebe befugt:

- in Pirna: die Bäckereien von Erhard Bachmann und Adolf Zendryke,
in Sebnitz: die Bäckerei von Adolf Boer,
in Neustadt: die Bäckerei von Richard Hempel und Willam Müller,
in Königstein: die Bäckerei von Emil Loose,
in Schandau: die Bäckerei von V. verw. Weydig,
in Gottschuba: die Bäckerei von Gustav Meißner,
in Stolpen: die Bäckerei von Hermann Göhler,
in Stadt Wehlen: die Bäckerei von Paul Richter,
in Großschadowitz: die Bäckerei von Arthur Birke,
in Heidenau: die Bäckerei von Ewald Benack.

Es bleibt vorbehalten, weiteren Bäckereien allgemein oder für bestimmte Fälle die Befugnis zur Herstellung von Weißgebäck zu erteilen. Pirna, den 22. November 1918.

Der Bezirksverband.

Zehn Ratsschläge für Kaninchenzüchter.

(Nachdruck verboten.)

Jeder Züchter, der nicht bloß aus reiner Liebhaberei ohne Rücksicht auf einen zu erzielenden Gewinn seine Zucht betreibt...

1. Es gibt auch unter den Kaninchen sogenannte Schau- und Ruhrossen. Erstere gehören nur in die Hände von Liebhabern.

2. Man verwende zur Zucht nicht zu junge Tiere. Unentwickelte Tiere können keine robuste Nachzucht geben.

3. Häufig bemerkt man den Fehler, daß die Muttertiere zu rasch nach dem Wurf wieder belegt werden.

4. Um eine recht fräftige Nachzucht zu erhalten, ist es auch von Wichtigkeit, daß das männliche Tier nicht durch zu häufiges Zuführen weiblicher Tiere zu sehr geschwächt wird.

5. Von großem Einfluß auf die Entwicklung der Nachkommen ist es auch, nicht zu nahe Verwandtschaftszucht zu treiben.

6. Nimm die Jungtiere nicht zu früh von der Mutter fort! Wenigstens sollte man so lange warten, bis sie nicht mehr laugen.

7. Halte nicht mehr Tiere, als wofür du ausreichend Platz hast und ausreichend Futter verschaffen kannst!

8. Für Gesundheit und Wohlbefinden der Tiere sind saubere Stallungen unerlässlich.

9. Habe stets acht auf den Zustand des Futters! Ungesundes Futter gibt auch ungesunde Tiere.

10. Von Vorteil für die ganze Zucht ist es, wenn du den Züchtlern ab und zu eine kleine Beigabe irgend eines erprobten Kraftfutters gibst.

Feldwirtschaft. Vom Stickstoff.

(Nachdruck verboten.)

Der Stickstoff ist im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einem unentbehrlichen Grundstoff unseres Wirtschaftslebens geworden.

Eine wichtige inländische Quelle des Stickstoffs ist das Ammoniak der Gasanstalten, das als schwefelsaures Ammoniak jedem Landwirt bekannt ist.

Mit dem Ausbruch des Krieges hörte die Zufuhr von Salpeter natürlich sofort auf, und damit hätte nach Berechnung der Engländer eine furchtbare Katastrophe über uns hereinbrechen müssen.

Mit dem Friedensschlusse kann die jetzt zur Geschöpfung benötigte Menge Stickstoff der Landwirtschaft fast restlos geliefert werden.

Vieh-zucht.

(Nachdruck verboten.)

Reine Stall-Luft

Ist für das Vieh ebenso nötig, wie reine Luft für den Menschen. Die durch die Absonderungen der Tiere ge-

fättigte, übelriechende Stall-Luft wirkt auf die Lungen schädigend ein. Besonders nachteilig ist die mit kohlen-saurem Ammoniak geschwängerte Luft den schnellatmenden, von der Arbeit heimkommenden Tieren und dem in der Entwicklung stehenden Jungvieh.

Behandlung verflauchter Gliedmaßen bei Tieren.

(Nachdruck verboten.)

Von einem praktischen Tierarzte wird auf Grund der Erfahrung empfohlen, bei Tieren, welche durch Vertreten des Fußes dienstunfähig geworden sind, statt der bisher üblichen kalten oder Eisumschläge den kranken Fuß eine Stunde lang in tunlichst erwärmtem Wasser zu lassen.

Geflügelzucht.

„Schutz vor dem Winter!“ für unser Geflügel.

(Nachdruck verboten.)

Die Hühner-Stallungen sind daraufhin nach-zusehen und, wenn nötig, die Innenwände mit Stroh-matten zu belegen. Man schließe aber seine Stallungen nicht hermetisch ab.

Obst- und Gartenbau.

Eindecken und Anlegen von Spalierobst und Rosen.

(Nachdruck verboten.)

Der Wein wird meist umgelegt. Das Umlegen aber erfordert viel Arbeit. Man muß die Bänder aus Bast oder Weide durchschneiden, im Frühjahr dann wieder aufbinden.

Rosenstämme sind ohne Ausnahme umzulegen oder mit alten Säcken und Fichtenreisern gut einzuhüllen. Man gräbt für den umzulegenden Stock ein Loch, in welches man den Kopf des Stoces hineindrückt.

Bienenzucht.

Der Sandzucker und seine Verwendung.

In anerkannter Weise hat der Staat für die schwer bedrohte Bienenzucht Sandzucker zur Verfügung gestellt. Es ist keine minderwertige Ware, sondern guter Kristallsucker, der nur durch Beimischung von Sand zum menschlichen Gebrauch unbrauchbar gemacht ist.

Hundezucht.

Starkes Haaren beim Hunde.

Besonders bei Foxterriers tritt oft starkes Haaren ein, ohne daß damit eine merkbare Wandlung im Befinden des Tieres konstatiert werden kann.

und die Haarwurzeln die Haare oft nicht mehr ausgiebig ernähren können. Eine Besserung kann meist durch die Stärkung des Haarbodens und richtige Pflege der Haut herbeigeführt werden.

Hauswirtschaftliches.

Sirup aus Maisstengel. Nicht nur aus Zuckerrüben läßt sich ein guter Sirup kochen, sondern auch aus den harten Maisstengeln, die, weil zu hart und holzig, als Viehfutter nicht mehr in Betracht kommen.

Gebadenes Steckrübenmus. 1 kg geschälte und in Würfel geschnittene Steckrüben und 1/2 kg Kartoffeln werden weich gekocht, durchgetrieben und mit 15 g Fett, Salz und Pfeffer und 2 Löffel Griech oder Mehl tüchtig verrührt.

Gemeinnütziges.

Leichdörner entfernt man durch Bestreichen mit Terpentin. Zum Bestreichen bediene man sich eines kleinen Pinsels, wodurch verhindert wird, daß von dem Terpentin auf die gesunde Haut kommt.

Winterbekämpfung der Spargelfliege.

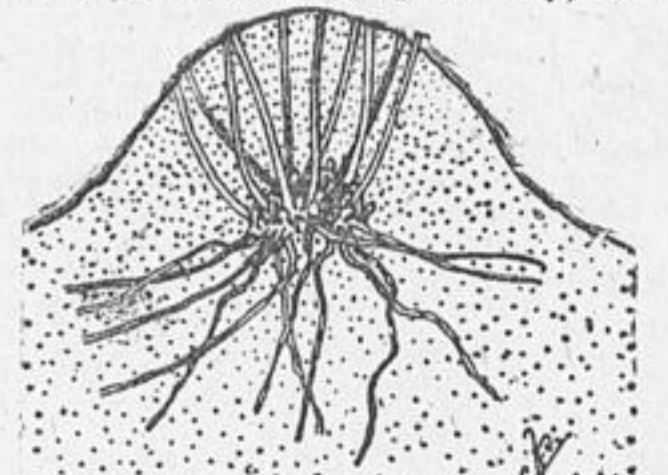
(Nachdruck verboten.)

Gegen die sehr schädliche Spargelfliege, welche die wurmigen Spargel im Sommer verschuldet, gibt es verschiedene artige Kampfmittel. Die durchweg empfohlenen sind im Sommer anzuwenden.



daß die Wade der Spargelfliege in den Spargeltrieben hinabsteigt und sich in den unterirdischen Teilen zur Larve umwandelt. Dort überwintert diese, steigt im Mai, als Fliege entflüpft, zum Tageslicht empor und legt ihre Eier an die erscheinenden Spargelköpfe.

Der Gartenfreund pflegt im Herbst, wenn das Spargellaub abgestorben ist, dieses abzuräumen und auf den Kompost zu schaffen. Damit sollte aber seine Arbeit nicht beendet sein.



webe (Abb. 2) und in ihnen die winzigen Larven der Spargelfliege (Abb. 2 sp.). Das Roden und Verbrennen dieser morschen Reste ist die wirksamste, sorgfältig durchgeführte, auch durchschlagendste Bekämpfung dieses Schädlings.